



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Schmidt, Julian: Offene Briefe. IV. : An Ignatz Kuranda in Wien.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Offene Briefe.

IV.

An Ignaz Kuranda in Wien.

Leipzig den 6. October.

Lieber Freund!

Wie kommt es Ihnen vor, daß die Grenzboten einen offenen Brief an Sie erlassen? Ich hatte mir diesen Wiß schon lange ausgedacht, fand aber keine passende Gelegenheit dazu. Die erste Nummer Ihrer „Östdeutschen Post“ bietet mir diese Gelegenheit. Meine Erwartung, Ihre Zeitung werde nicht nur in der östreichischen Presse einen höchst ehrenwerthen Rang einnehmen, sondern auch vorzugsweise dazu geeignet sein, die politische Bildung Ihres Vaterlandes dem Reich gegenüber zu vertreten, wird schon durch diese erste Nummer bestätigt. Um so angemessener scheint es mir, das Verhältniß unserer Ansichten, soweit sie Oestreich betreffen, sogleich scharf herauszustellen.

In dem ziemlich ausführlichen Programm, das Sie mit den Worten einleiten: „Wir geben kein Programm“, heißt es am Schluß: „Die Freiheit und die Nationalität!“ Für uns sind beide Worte synonym, die deutsche Nationalität ist die Trägerin der Freiheit in Oestreich; nicht bloß für uns Deutsche, auch für unsere nichtdeutschen Staatsgenossen ist sie die sicherste Garantie gegen die Rückfälle des Absolutismus. Nur in dem abgeschlossenen Oestreich war die Metternich'sche Tyrannei ausführbar. Im Verbande mit der gebildetesten Nation Europas, im innigsten Verbande mit 40 Millionen freien deutschen Männern ist keine ernste Reaktion auf die Länge möglich. Wir sagen im innigsten Verbande; wir schonen die Empfindlichkeit unserer nichtdeutschen Staatsgenossen und sagen nicht: im vollständigen „Aufgehen.“ Im Mai und Juni, wo der alte Kaiserstaat zusammen zu stürzen schien, da mußten die Aetome zu ihrem Ursprunge zurückkehren. Italien und Ungarn losgerissen vom Gesamtkörper, Galizien mit Selbstständigkeitsideen beschäftigt — was sollte das reduzirte Oestreich mit seinen deutschen Provinzen anders, als in dem gesammten Mutterland aufgehen? Was konnten wir Deutschland zu seiner Erkräftigung und Neugestaltung weniger bieten, als uns selbst, uns ganz und gar? Wider alles Erwarten hat der künstlich zusammen gezimmerte

Kaiserstaat mehr Lebenskraft gezeigt, als wir in ihm vermutheten. Mag immerhin die Intrigue ihren großen Antheil daran haben — ausschließlich ihr Werk kann es doch nicht sein, wenn jetzt die slavischen Völkerschaften im Süden und Norden Ungarns und selbst in dem für seine Unabhängigkeit so oft erschütterten Galizien an dem Mantel des alten Oestreichs fest sich klammern. Ernstlich drängt die Frage sich auf, ob wir dem großen deutschen Vaterlande nicht mehr nützen, wenn wir ihm die Waffen- und Produktionskraft von 30 Millionen verbündeten Slaven, Magyaren, Polen, Italienern, Walachen und Deutschen zuführen, die durch Zoll- und Wehrverband Deutschlands Macht und Wohlstand unendlich mehr verstärken, als durch völliges „Aufgehen“ im Sinne des Vorparlaments — wobei doch nur von den deutsch-österreichischen Provinzen allein die Rede sein könnte. Wir müssen diese Frage vor der Hand noch als eine offene betrachten, theils weil das Vorparlament und theilweise das Parlament selbst bei dem ersten Verfassungsentwurf nur das zerfallene, aus bloß deutschen Bestandtheilen bestehende Oestreich vor Augen hatte — theils weil die Verhältnisse der Centralgewalt an und für sich seit der Waffenstillstandsfrage in neue Schwankungen gerathen sind — theils weil Oestreich selbst zur Stunde noch in einem unorganisirten Chaos sich befindet. Aber bloß in Bezug auf die Grenzen der Autonomie Oestreichs darf die Frage offen bleiben; über den innigen Verband, und zwar nicht bloß im Sinne des vermoderten Bundestages, sondern in einem lebensvollen, umfassendern Geiste — darf kein Zweifel herrschen. Die Idee eines großen und starken Oestreichs kann keinem Oestreicher gleichgiltig sein, der für die Ehre und den Wohlstand seines speziellen Vaterlandes ein Herz hat, und selbst im übrigen Deutschland sprechen sich tausend und wieder tausend Stimmen dafür aus. Aber wenn die Erhaltung dieses großen Oestreichs auch nur mit der kleinsten Gefahr für unsere Nationalität verbunden sein sollte, oder wenn gar der Schwerpunkt der Monarchie nach slavischer Seite fallen und die Autonomie des deutschen Willens von der slavischen Majorität bedroht würde — dann mag immerhin die Monarchie in Trümmer zerfallen, dann ist es unsere heiligste Pflicht, dasselbe zu thun, was die Italiener und Croaten gegen ihre Unterdrücker unternommen haben. Und wir haben die lebendige Kraft dazu, denn hinter uns stehen 40 Millionen deutsche Brüder, und wir haben auch das geschriebene Recht dazu, denn Oestreich, das eigentliche Oestreich ist zu allen Zeiten deutsch gewesen und muß auch für alle Zukunft deutsch bleiben.“ —

Ueber diesen Passus erlaube ich mir einige Bemerkungen.

Sie lassen die Frage über den Anschluß Oestreichs an Deutschland „vor der Hand“ offen. Das scheint mir bedenklich. Eine offene Frage kann nur die Zukunft angehen, niemals aber die unmittelbare Gegenwart. Wenn zwei Parteien sich im offenen Schlachtfeld kampferüstet gegenüberstehen, wird die Frage, welcher von beiden man sich anschließen soll, nicht lange offen bleiben können. Für Oest-

reich scheint mir eben der Augenblick der Entscheidung jetzt gekommen zu sein. Höchst wahrscheinlich haben schon, indem ich dieses schreibe, in Ungarn die Waffen gesprochen; wer auch von beiden Theilen siegen mag, die Entscheidung ist für den Kaiserstaat verhängnißvoll. Das durch Jellaczič restaurirte Oestreich kann nicht in Deutschland aufgehen; dem von den Magyaren besiegten Oestreich bleibt keine andere Wahl, als das Aufgehen in Deutschland. Die große Masse des Volks wird sich natürlich über jene Frage noch kein Urtheil gebildet haben, weil die Masse sich überhaupt an Phrasen sättigt, und „Aufgehen,“ „Autonomie“ u. dgl. klingen gut genug, um nach rechts oder links hin die Gewissen zu salbiren; es kommt nur darauf an, was man sich unter jenen Ausdrücken denkt. Der intelligenten Presse fällt die Aufgabe zu, das Volk darüber aufzuklären.

Ist es Ihnen denn mit der offenen Frage ernst? Sie geben ja eigentlich schon eine Antwort. Der Sinn derselben ist folgender. Prinzipiell sind Sie für Aufrechthaltung des Kaiserstaats und seiner Autonomie, vorausgesetzt, daß das deutsche Element in demselben dominirt; sollte dagegen das Uebergewicht sich für die Slaven entscheiden, so sind Sie eventuell für das Aufgehen in Deutschland, d. h. für die Auflösung des Kaiserstaats. Wir wollen sehen, was Sie für Beides für Chancen haben.

Sehr richtig bemerken Sie, daß die Lage Oestreichs dem Reich gegenüber eine ganz andere ist, als zu den Zeiten des Vorparlaments. Allein Sie fassen das Verhältniß nur von der einen Seite. Nicht nur Oestreich ist ein ganz anderes geworden, auch der Charakter der deutschen Centralgewalt hat sich wesentlich umgewandelt. Das Vorparlament, aus so vortrefflichen Männern es auch zum Theil zusammengesetzt war, hatte doch keinen andern Sinn, als ein Heerd der Revolution, ein Hebel gegen das Bestehende zu sein. Theils war es gegen die bisherige Repräsentation Deutschlands, den Bundestag, theils gegen die Einzelstaaten gerichtet. Der Schwerpunkt der conservativen Partei lag damals in den Einzelstaaten.

Jetzt ist es umgekehrt. Die Nationalversammlung, wie die von ihr geschaffene Centralgewalt hat sich, allen Voraussetzungen zum Troz, organisch in das Bestehende eingelebt. Sie ist es, die gegenwärtig die Sache der Ordnung, des Rechts vertritt; von ihr gehen die Maßregeln aus, dem Fieber der Revolution, welches in den einzelnen Staaten auf eine künstliche Weise über seine Natur hinaus verlängert werden soll, ein Ende zu machen. Hat das restituirte Oestreich das unzweifelhafte Recht, seinen Anschluß an Deutschland an andere Bedingungen zu knüpfen, als das in der Auflösung begriffene Oestreich sie stellen konnte, so gilt daselbe auch vom Reich. Das Vorparlament in seiner unklaren Haltung, das für seine Unternehmung auch nicht die Spur eines Rechtsbodens hatte, konnte den Oestreichern im Allgemeinen zurufen, kommt her zu uns ihr deutschen Brüder! was wir mit einander vornehmen sollen, das wird sich später finden! — So kann

man in der Paulskirche nicht mehr sprechen. Die Grundbedingungen des neuen Staats — denn es ist ein neuer Staat, was sich auf den Trümmern des alten Bundes erhebt — sind festgestellt, sie sind vom Volke anerkannt und haben Gesetzeskraft; es heißt jetzt: Entweder! oder!

Es handelt sich dabei gar nicht um Phrasen, wie „Aufgehen,“ „Anschluß“ u. dgl. Es handelt sich um folgende, sehr bestimmte Fragen. Wenn Oestreich sich seine Autonomie vorbehält, d. h. das Recht, Krieg und Frieden zu schließen, Verträge einzugehen, seine Handels- und Zollverhältnisse selbstständig zu ordnen u. dgl., — können dann östreichische Deputirte in Frankfurt sitzen? — Ich antworte, und Deutschland mit mir: Nein! Es ist eine logische und politische Unmöglichkeit. Im Feudalstaat des Mittelalters kam es allerdings vor, daß man Vasall mehrerer Könige zugleich sein konnte; der Staat der neuen Zeit erträgt das nicht. Der Staat der Revolution, den wir zu bilden im Begriff sind, ist nichts anderes, als der absolute Staat, ins Demokratische übersezt. Dieser Staat verlangt seinen Bürger ganz und ungetheilt. Man hat diese Tendenz unserer Zeit verkannt, indem man sie ins Romantische übertrug, indem man das Bestreben der Staaten, sich unabhängig zu organisiren, den Nationalitäten in die Schuhe schob. Weil Preußen, weil Baiern, Hohenzollern-Hechingen u. s. w. ihrer Lage nach unmögliche Staaten waren, strebte man nach dem Aufbau eines neuen deutschen Staats, zu welchem eine rechtliche Grundlage bereits vorhanden war. Die nationale Sympathie kam dazu, sie war aber nicht die Hauptsache; auch dem wildesten Deutschthümler ist es nicht eingefallen, die Deutschen Siebenbürgens, Curlands oder Amerikas zum neuen Reich zu ziehen. Oder wenn es doch geschehen sein sollte — denn wer kann dem Unsinn eine Grenze stecken? — so hat dieser Pan germanismus gerade so viel Sinn als der Pan slavismus. Er geht aus einer Abstraction, einer Phrase hervor und kann es daher nie zu einer lebendigen Organisation bringen.

Der Oestreicher kann nicht zwei Staaten zugleich angehören, die in einzelnen Fällen vielleicht das Entgegengesetzte beschließen. Ein Beispiel liegt schon nahe: der italienische Krieg. Eine solche Ineinanderschachtelung von Staaten würde uns wieder in das Mittelalter zurückführen und einen viel unkräftigeren, sichereren und unbeweglicheren Staatencomplex hervorbringen, als selbst der alte deutsche Bund es war. Oestreich ohne Deutschland kann eine Großmacht sein, Deutschland ohne Oestreich gleichfalls; Deutschland mit den deutschen Provinzen Oestreichs als integrirendem Theil vielleicht; Ungarn mit Kroatien vielleicht; aber Deutschland und Oestreich auf eine irrationelle Weise in einander verzwickt nun und nimmermehr.

Um Ihnen meine Ansichten klar zu machen, will ich folgende Fragen hervorheben.

1) Woraus ist das Bestreben der deutsch-östreichischen Partei für den Anschluß zu erklären? ebenso das Bestreben Deutschlands, sich Oestreich einzuverleiben?

2) Wie steht es mit der rechtlichen Grundlage dieser Vereinigung?

3) Was haben beide Theile für ein Interesse daran?

Die erste Frage zu beantworten, muß ich auf den März zurückgehen. Die Freiheitstendenzen der deutschen Stämme waren bis dahin vorzugsweise durch die beiden mit den Einzelregierungen verbündeten Großmächte — durch Oestreich und Preußen paralysirt. Aber Oestreich und Preußen trat nie in seinem eignen Namen, sondern im Namen des deutschen Bundestags auf; ja Preußen setzte dieses Schreckgespenst nicht nur den kleinen deutschen Staaten, sondern seinem eignen Volk entgegen. Der Bundestag concentrirte also als der Inbegriff alles Servilismus den ganzen Haß des deutschen Volks auf sich. Das Stichwort der deutschen Liberalen war nun: Vertretung des Volks beim Bundestag, d. h. Aufhebung der schädlichen Einwirkung, welche der Bundestag auf die freie Entwicklung des deutschen Volkes ausübte, durch eine nationale Repräsentation. Diese ihrem Wesen nach negative Forderung legitimirte man durch einen positiven Wunsch: Einheit Deutschlands. Ein Wunsch, der insofern berechtigt war, als den kleinen Staaten, Preußen nicht ausgenommen, ihrer Lage nach die Lebensfähigkeit abging. Man dachte dabei stets an eine Trennung Oestreichs, das östreichische Volk konnte man nicht hoffen, nicht wagen, zu diesem neuen Völkerbunde ziehen zu dürfen. Ich erinnere Sie an ein Rundschreiben der demokratischen Partei, das bald nach der Aufhebung Krakaus die kleinen deutschen Staaten aufforderte, einen Bund abzuschließen gegen den Uebergriff der Großmächte. In diesem Rundschreiben war ausdrücklich gesagt, Preußen soll der Eintritt offen gehalten werden, Oestreich aber nicht. Theils identificirte man das Metternich'sche System mit Oestreich, theils fühlte man die innern Schwierigkeiten, die sich einem solchen Anschluß entgegenstellten. Ich erinnere Sie ferner an die bekannte Rede Heinrich's v. Gagern in der Darmstädter Ständeversammlung, noch in der 2. Hälfte des März. Es war darin ausdrücklich erklärt, bei der Reorganisation Deutschlands müsse man von Oestreich ganz abstrahiren und sich an Preußen halten.

Der 14. Mai kam Allen unerwartet, ich kann sagen, Ihnen wie uns. Oestreich, auf das man am letzten gerechnet hatte, brach zuerst seine Fesseln. Der Jubel über diesen Sieg der Freiheit mischte sich mit der Anerkennung der östreichischen Volks-Individualität, die den Süddeutschen viel näher stand als das steife preussische Wesen, und mit der Hoffnung, Oestreich als ein Gegengewicht gegen den preussischen Einfluß in die Waagschale zu werfen. Der unglückselige Ritt des Königs von Preußen gab diesem Gefühl Veranlassung, sich laut auszusprechen. Daher der Enthusiasmus, der das erste Auftreten Wiesners, eines östreichischen „Ausländers“, im Vorparlament begleitete. Daher der Jubel, mit welchem im Fünzigster-Ausschuß die ersten östreichischen Deputirten, worunter auch Sie waren, empfangen wurden.

Ich wende mich nun nach Oestreich. Was war für Oestreich in den März-

tagen die schwarzrothgoldne Fahne? Das Banner der Freiheit! Das erklärt alles. Denken Sie daran, wie die edelsten unter Oestreichs Patrioten Jahre lang nach dem Reich geblickt hatten, das ihnen in der schwülen Atmosphäre ihrer Heimath wie ein Traum des Lichts erschien. In dem dumpfen Druck des Jesuitismus, in dem raffinirten Verdummungssystem der Schulen, in dem mechanischen, geistlosen Schlendrian des Beamtenwesens, in der brutalen Unterdrückung jedes freien Gedankens in Wort und Schrift, in der Willkür, mit welcher der Regierendespotismus über die heiligsten Interessen des Volks verfügte — in dem tiefen Gefühl der Schmach, die über Oestreich lastete, war man geneigt, jenseit der Berge die Bildung und Freiheit zu suchen, an der man im Vaterlande halb verzweifelte. Eine Reihe tüchtiger Kräfte wanderten, anfangs unter sehr erschwerenden Umständen, nach Deutschland aus, um von hier aus ihrem Volke nützlich zu sein. Sie selber waren einer der ersten, und die Grenzboten wurden bald, trotz des drei- und vierfachen Verbots, der Träger der gesammten östreichischen Opposition. Oestreich hatte den Punkt außerhalb gefunden, von wo aus es sich selbst bewegen konnte.

Nun fanden sich freilich jene Schriftsteller in ihren Erwartungen vielfach betrogen. Der Druck war weniger fühlbar, im Einzelnen war viel Gutes vorgearbeitet, im Ganzen aber die Schlassheit nicht geringer als in Wien oder in Prag. Den Oestreicher verfolgte überall das Heimweh, am meisten in unserer braven, aber etwas langweiligen Stadt der Messe und des Buchhandels. Er kam auswärts zur Erkenntniß, daß er Patriot sei; er vertheidigte Oestreich gegen die unberechtigten Angriffe der sächsischen Philister.

In den Märztagen wehte überall die schwarzrothgoldne Fahne auf den Barrikaden oder wo man sonst für die Sache der Freiheit auftrat; bei uns im Schießhaus. Sie flog auch in Wien den tapfern Bürgern und Studenten voran, die zuerst den Muth hatten, den Aberglauben an die Unsterblichkeit des Metternichschen Systems von sich abzuschütteln. Unter diesem Zeichen der Freiheit einigten sich alle deutschen Stämme, und die Absendung jener Deputirten nach Frankfurt war weniger ein patriotischer, als ein liberaler Act. Schwarzgelb war das Zeichen der Reaction, das Symbol Metternichs, der Censur, der Spizel, der Grenzsperrre, kurz aller der Nichtswürdigkeit, welche man seit dem Wiener Frieden in Oestreich gesammelt. Wenn man die schwarzgelbe Fahne mit Füßen trat, so war es nicht Haß gegen den östreichischen Staat, sondern Haß gegen den Absolutismus. Bei der italienischen Frage trat das zuerst hervor.

Die erste Deputation nach Frankfurt hatte keinen bestimmten Zweck. Es war eine symbolische Handlung. Nun erfolgten die Wahlen zum Parlament; Oestreich durfte seine Stellung in Deutschland nicht aufgeben, nicht aufgeben zu Gunsten Preußens, die Wahlen wurden also von der Regierung angeordnet —, obgleich mit einem gewissen unheimlichen Gefühl; vom Volk vollzogen, im Interesse der

Freiheit, und aus Sympathie für die deutschen Brüder. Noch hier überwog das Gefühl, nicht der Verstand; mit Ausnahme vielleicht einiger Mitglieder der äußersten Linken hatte sich die Deputation kaum klar gemacht, wie sie sich eigentlich Oestreichs Stellung zu Deutschland vorstellte.

Die Ehrfurcht vor der deutschen Freiheit und Bildung schwand freilich bald vor dem wachsenden Selbstbewußtsein der Wiener Studenten, denen eine Revolution nach der andern gelang. Nun sah man schon auf das Reich herab, wo es viel langsamer zu gehen schien. Aber das Zeichen — rothschwarzgold — das Symbol der Freiheit blieb, wenn es auch seinen Sinn verloren hatte.

Es kam noch ein zweiter Umstand hinzu, auch bei der gemäßigten Partei die Neigung zum Anschluß an Deutschland zu kräftigen. Es war die czechische Bewegung. Ich will hier eine alte Streitfrage nicht aufrühren; die Schuld lag mehr an den Umständen als an den Menschen. Jedenfalls wurden die Czechen nicht widerlegt, wenn man ihren nationalen Wünschen die Rechtsansprüche entgegensetzte, die man von seinem Standpunkt aus selber negirte. Kurz die Regierung schien sich dem Interesse der Czechen anzuschließen; die Deutschen fingen nun später an zu fürchten, ohne Hilfe Deutschlands könnten sie dieses übermächtigen Elements nicht Herr werden, und zum ersten Mal tauchte der ernsthafte Gedanke auf: Oestreich aufzulösen, und die Erblande dem Reich einzuverleiben. Die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser schmeichelte dem österreichischen Patriotismus hinlänglich, um diese Idee weiter zu verfolgen, und die Erhebung der Magyaren gab ihr einen festen Halt. Es bildete sich die demokratisch-deutsche Partei, die auf der einen Seite den Ungarn, vielleicht selbst den Italienern, auf der andern den deutschen Demokraten die Hand reichte, um durch Auflösung des habsburgischen Kaiserstaats den bisherigen Traum von der Freiheit Deutschlands in Wirklichkeit zu verwandeln. Diese Partei kam bei dem Bombardement von Prag in einen seltsamen Conflict mit sich selbst; einerseits war ihr die Niederlage der Czechen recht, weil diese sich dem Anschluß widersetzten, weil die Slaven die Hauptstütze der „schwarzgelben“ Partei waren; dann aber widerstand ihr die Unterdrückung des Aufstandes durch die „verthierten Söldlinge“ des Fürsten Windischgrätz.

Vier Umstände sind es, welche dieser Partei den Boden unter den Füßen weggezogen haben: die Siege Nadežky's in Italien, die Haltung des Wiener Reichstages, die veränderte Richtung des Frankfurter Parlaments, und der Einmarsch der Kroaten in Ungarn.

Nachdem in Wien die erste Ueberraschung über den italienischen Aufstand vorüber war, machte sich die allgemeine Stimmung in Deutschland, die sich für die Emancipation aller Nationalitäten aussprach, auch hier geltend. Die Polen sollten unabhängig werden, die Magyaren, auch die Italiener. Nur wollte man sie vorher züchtigen für den Verrath, den sie an Oestreichs Heeren verübt; man

wollte den Ruhm der österreichischen Fahnen wiederherstellen und einen ehrenvollen Frieden erkämpfen. So sprachen die Wortführer der liberalen Partei. Bei der Blockade von Triest fand die deutsche Centralgewalt Gelegenheit, Oestreich wirksam zu Hilfe zu kommen. In Frankfurt fing man an, den strategischen Gesichtspunkt ins Auge zu fassen; Herr v. Radowitz, dessen militärischer Ruf in solchen Fällen regelmäßig die Majorität der Versammlung mit sich reißt, erklärte den Besitz von Venedig und der Minciolinie für unentbehrlich zur Vertheidigung Deutschlands. Die Wiener ließen sich das gern gesagt sein. Aber die Siege Radezky's veränderten diese Stimmung von Grund aus. Man überlegte, daß eine Freilassung der Lombardei zu nichts anderem führen würde, als zu einer französischen Hegemonie in Italien. Man sah keinen Grund mehr, herauszugeben, was man rechtmäßig „besitze“. Die Antipathie der Wiener Demokraten gegen die Armee fand keinen Anklang mehr im Volke. Die französische Regierung trat bei ihrer Vermittelung nicht mit der Energie auf, die man bei ihr voraussetzen geneigt war; man faßte den in einem revolutionären Zeitalter aner kennenswerthen Muth, wieder auf die Wiener Verträge zurückzugehen. Der neueste Erlass Ihrer Regierung spricht es unumwunden aus, man wolle die italienischen Provinzen behalten, ihnen aber eine freie, auf ihre nationale Eigenthümlichkeit gegründete Verfassung geben. Unter diesen Umständen wäre es allerdings denkbar, daß die Lombardei Oestreich erhalten bliebe, vielleicht wäre es für die Lombarden selbst, wenn sie nicht die Romantik ihrer Nationalität reeller Freiheit vorziehen, die günstigste Entscheidung. Aber um so bestimmter muß man es festhalten, daß ein solcher Besitz eines reichen, bevölkerten, gesegneten Landstrichs, dessen Sicherung bei aller freien Verfassung stets eine bedeutende Armee erheischt, und der zu tausend politischen Verwicklungen Anlaß geben kann, Oestreich unfähig macht, in Deutschland aufzugehen. Der Besitz Italiens ist ein wesentliches Gewicht zu Gunsten der kaiserlichen Partei.

Das zweite ist der Wiener Reichstag. Vor seiner Berufung war die Aufmerksamkeit der jungen Politiker mehr nach Frankfurt gewendet, als nach Wien; seitdem aber hat man die Paulskirche mehr und mehr aus den Augen verloren. Es ist ganz natürlich. Zwar bietet der Reichstag, wenn man es auf parlamentarischen Tact, Entwicklung von Esprit und Pathos, selbst auf die Entfaltung einer gesunden, klaren, ihrer selbst gewissen Politik absteht, nicht eben ein erfreuliches Bild; aber die Interessen, um die es sich hier handelt, sind doch unendlich viel wichtiger, und stehen dem Volke unendlich näher, als Alles, was in der Paulskirche Gegenstand der Debatte werden kann. Man trägt sich gern mit idealistischen Plänen, wenn die Gegenwart nicht drängt, oder wenn man für den Augenblick keinen Weg absteht, sich unmittelbar zu realisiren; sobald aber die Zeit da ist, fliegt der idealistische Ballast bei Seite, und die Prosa, d. h. der Verstand des Lebens, tritt in ihr Recht. Die Reorganisation der agrarischen Gesetzgebung, die Umgestaltung des Finanzwesens und die Herstellung einer autonomen

Verwaltung der einzelnen Bezirke, das sind die großen Fragen, zu deren Lösung der Wiener Reichstag berufen ist, und die nirgends anders gelöst werden können. Es ist natürlich, daß nicht allein der Bauer in dem ersten Entzücken seiner neuerungenen Freiheit die Hände dankbar seinen Vertretern entgegenstreckt, auch der Aristokrat, dessen bisherige Existenz nun in Frage gestellt ist, muß hier das Feld seiner Thätigkeit suchen. *Hic Rhodus, hic salta!* Die Idee einer allgemeinen Verfassung ist wichtig genug, allein sie liegt lange nicht so nahe, als diese organische Gesetzgebung, bei der es sich um das unmittelbare Wohl und Wehe der Nation handelt.

Indeß auch die übrigen Interessen finden in Wien ihre nächste Vertretung. Im Anfang schien es eine wunderliche Anomalie, daß man die Ungarn und ihre Nebenvölker, sowie die Italiener, von dem Reichstag ausschloß, die Galizier dagegen hinzuzog — eine Provinz, die man nach den Märztagen von allen übrigen am ersten aufzugeben bereit war. Es hat sich nun auf dem Reichstag gezeigt, daß es wenigstens sehr fraglich ist, ob nicht das wahre Interesse dieser Provinz ebenso lebhaft bei der Aufrechthaltung des Kaiserstaates theilhaftig sei, als das z. B. der Kroaten. Der schöne Traum von der Wiederherstellung Polens wurde ein Mal über das andre erschüttert; die Haltung der Galizier ist einer der schwersten Stöße. Die Metternichsche Politik hat Galizien vernachlässigt, das neue Oestreich aber kann, indem es innerhalb seines Umfangs die vollste Selbstständigkeit gestattet, den besten Weg einschlagen, die Völker zur Freiheit zu erziehen.

Endlich ist die Lage der Tschechen durch den Reichstag eine andere geworden. Wir haben die Tschechen aus allen Kräften bekämpft, so oft es sich um eine sinnlose Bedrückung ihrer deutschen Brüder, um einen rohen Eingriff in die Rechte ihrer Mitbürger handelte. Wir haben sie verhöhnt, als die panslawistische Romantik jenes Ungeheuer von Congress ins Leben rief, das endlich, da die einzelnen Slavenstämme einander nicht verstanden, damit endigen mußte, die deutsche Sprache zum Medium zu nehmen — ein Vorbild dessen, was da kommen wird, wenn die Völker Oestreichs mit einander tagen. Aber wenn ich das Unrecht der Tschechen keinen Augenblick verkenne, so kann ich doch nicht leugnen, daß das Prager Bombardement und die darauf folgende Inquisition ein sehr brutales Mittel war, Böhmen in seine Fugen einzurenken. Mag es damals kein anderes Mittel gegeben haben — es ist möglich — jedenfalls war zum großen Theil die unklare Haltung der Regierung den Tschechen gegenüber Schuld daran. Freilich kann man von einer Regierung, die nicht weiß, was sie will, eine klare und energische Haltung kaum verlangen; und so kommt es denn, daß wenn man zu schwach ist, im rechten Augenblick mit Energie und Ausdauer eine verwickelte Sache zu entscheiden, zuletzt die gewöhnliche Aushilfe der Schwäche — das Schwert entscheiden muß. Außerdem vergleichen Sie nur die Feigheit der Deutschböhmern mit der herausfordernden Sprache, welche die Deutschen im Auslande gegen Böh-

men führten, z. B. Schilling, der die Tschechen geradezu mit dem Schwert zu den Frankfurter Wahlen bestimmen wollte und Sie werden finden, daß das Betragen der Tschechen zwar nicht entschuldigt, aber erklärt wird. Jetzt ist die Lage anders. Die Tschechen haben den Weg des Gesetzes betreten, sie üben ihr Recht, auf dem Reichstag zu stimmen, so gut aus, als die Deutschen. Die Majorität des Reichstages scheint sich für die Regierung und für die Aufrechthaltung Oesterreichs zu entscheiden. Inwiefern eine solche Entscheidung auf das Bestehen des deutschen Elementes mitwirken könnte, davon später. Die Linke, mit ihren Sympathieen für den Anschluß an Deutschland, setzt ihr allerdings noch lebhaften Widerstand entgegen; aber einen Widerstand der mehr und mehr seinen Inhalt verliert, und der daher mit der Zeit erlahmen muß.

Dieser Umstand erklärt sich aus der veränderten Haltung des deutschen Parlaments. Die Sympathieen der Wiener Demokraten waren für die Linke. Sie gingen nicht gerade aus einer bestimmten Ansicht von derselben hervor, sondern aus dem unbestimmten Gefühl, „daß links das Herz schlägt“ u. dgl. mehr, lesen Sie einen beliebigen Almanach nach. Arnold Ruge, mein Bruder in Hegel, der im Anfang für die Tschechen schwärmte, weil sie gegen die „aus niederträchtigen Beamten“ und dgl. zusammengesetzten Deutschen in Böhmen auftraten, gerade wie in Posen, konnte sich vor Staunen nicht erholen, als in Wien seine Freunde sich auf die rechte Seite setzten; Tröbel schrieb von Wien aus, man müsse nun die Deutschen stützen. Aber seit der Zeit hat es sich einerseits gezeigt, daß die Paulskirche von dieser Linken nichts wissen will; andererseits hat sich die Linke vor der öffentlichen Meinung so discreditirt, daß auch die abstracte Wiener Sympathie sich allmählig in sich selbst verzehren muß. Wien ist noch im Allgemeinen deutsch gesinnt, aber die Bestimmtheit dieser Gesinnung — die Aufmerksamkeit, welche man der Frankfurter Entwicklung schenkt, hat sich absorbt in dem näher liegenden Interesse für den Wiener Reichstag. Noch wirft man es der Beschaffenheit des deutschen Parlaments vor, bald wird man aber dahinter kommen, daß es in der Natur der Sache liegt, daß auch bei dem besten Willen von Frankfurt aus kein Heil für Oesterreich sich erwarten läßt.

Den Ausschlag für diesen Umsturz hat Ungarn gegeben. Die Wiener Demokraten waren für die Magyaren, theils weil es ein nobles Volk ist, nobler als die übrigen Völkerschaften der östreichischen Nebenlande, theils weil die beiderseitigen Interessen Hand in Hand gingen — Trennung des Kaiserstaats. Ich liebe diese ritterliche Nation, aber ich bin nicht blind gegen ihre Verirrung; ich kann nicht übersehen, daß sie zweierlei aus den Augen gesetzt hat: Gerechtigkeit gegen Oesterreich und Gerechtigkeit gegen ihre Nebenvölker, die Slaven und Deutschen. Denselben Fehler haben ihre demokratischen Verbündeten begangen, die, wie gewöhnlich, der Sache nur den einen Gesichtspunkt abgewannen. Die unselige Halbheit des östreichischen Cabinets hat das alte Metternich'sche Intriguenspiel,

die zweideutige Coquetterie mit beiden Seiten so lange fortgesetzt, daß jetzt, da der Würfel gefallen ist, eine blutige Entscheidung bevorsteht. Das Blut Lamberg's wird seine Früchte tragen. Die Regierung hat sich nun endlich entscheiden müssen; das österreichische Volk wird sich in seiner großen Majorität ihr anschließen. Es wird zur Unterwerfung Ungarns, zur Wiederherstellung des alten Verbandes kommen. Gebe nur der Himmel, daß der Sieg mit der Mäßigung benützt wird, die ihn allein fruchtbar machen kann. So viel ist aber gewiß: das centralisirte Oestreich, mit Ungarn, Galizien und Italien verträgt die Einverleibung in Deutschland nicht mehr.

Ich komme jetzt auf den Rechtspunkt. Er reducirt sich auf folgende Fragen: 1) Hat der neuerrichtete Bundesstaat Deutschland das Recht, Oestreich zum Beitritt zu zwingen? 2) Hat Oestreich, im Fall es demselben unter der nämlichen Bedingung, wie die andern deutschen Staaten, nicht beitreten kann, das Recht, den alten Einfluß auf denselben fernerhin zu beanspruchen?

Ich stehe nicht an, beide Fragen verneinend zu beantworten.

Das Vorparlament, wie auch im Allgemeinen die gegenwärtige Versammlung ist freilich anderer Ansicht gewesen. In der Limburger, wie in der Schleswig-Holsteinschen Angelegenheit hat man ohne weiteres vorausgesetzt, daß die relative Souveränität, welche die Bundesacte den deutschen Staaten zugestand, nur so lange gelten dürfe, als der Bund oder die an seine Stelle tretende Centralgewalt es wolle. Staatsrechtlich ist die Lösung nicht so einfach, sie wird um so complicirter, da ein Theil der deutschen Staaten anderweitigen Staatsverbänden angehört. Das alte Verhältniß wäre denkbar unter der Voraussetzung des losen Verbandes, der bis dahin die deutschen Staaten einigte. Nun aber trat Recht dem Recht, Anspruch dem Anspruch gegenüber. Auf die mittelalterliche Weise, daß unsere Provinzen — wie Limburg, Holstein, Deutsch-Oestreich, zwei verschiedenen souveränen Staaten angehören, geht es nicht weiter. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß nun die eine Seite des Rechts — der Anspruch Deutschlands — allein entscheiden darf. Die Entscheidung kann nur durch einen Vertrag erfolgen, der freilich mitunter, wie in Schleswig-Holstein, durch Waffen gefördert werden muß. Die Centralgewalt wird mit Dänemark, die Centralgewalt mit Niederland einen Vertrag abschließen müssen, welcher die Grenzen beider Staaten bestimmt. Wie ist's mit Oestreich?

Hier ist das eigenthümliche Verhältniß, daß der Schwerpunkt der auswärtigen Macht, mit der man zu unterhandeln hat, in das streitige Gebiet selber fällt. Hätte man mit dem König von Ungarn zu unterhandeln über den Beitritt Oestreichs, so wäre die Sache einfacher. Wie es aber nun steht, kann nur der constitutionelle Staat Deutschland in Unterhandlung treten mit dem constitutionellen Staat Oestreich, und beide haben nur ihre gegenseitigen Interessen zu befragen, nicht das Recht, denn dieses bleibt in den vollständig neuen Verhältnissen stumm.

Man könnte einwenden, durch die Absendung seiner Deputirten nach Frankfurt habe Oestreich sich gebunden. Dem ist nicht so. Was eigentlich das Parlament sollte, war damals unklar. Wenigstens blieb es dem Staate unbenommen, es sich so zu denken, als sollte es nur den Bundestag controliren, also in keinem Fall größere Rechte beanspruchen als dieser selbst. Wenn eine solche Voraussetzung in der nothwendig weitem Entwicklung sich als nicht stichhaltig erweist, so kann jene erste Handlung nicht als präjudicial erachtet werden.

Andrerseits ist es eben so evident, daß Oestreich die Bildung eines aus den einzelnen Staaten des Bundes zusammengesetzten neuen Staats nicht hindern kann, am wenigsten mit den alten Verträgen. Der Bund war kein organisches Ganze, er war ein Vertrag Gleichberechtigter, und diese würden sich durch den Widerspruch eines einzelnen Mitgliedes nicht abhalten lassen, den Vertrag zu modificiren, ihn endlich aufzuheben.

Es folgt daraus, daß wenn das neue Deutschland seinen Anspruch auf Oestreich aufgibt, umgekehrt dasselbe stattfinden muß. Die legislative Centralisation beider Staaten als unmöglich gesetzt, kann ein weiterer Rechtsanspruch auf Einfluß in dem nun getrennten Staate nicht erhoben werden.

Es fragt sich nun: nach welcher Seite neigt sich der Schwerpunkt des Interesses? Ist für Oestreich, ist für Deutschland die Einigung vortheilhafter oder die Trennung? Es sind dabei folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Betrachten wir zunächst Deutschland. Es verliert durch die Trennung Oestreichs freilich eine nicht unbedeutende Reihe fruchtbarer Provinzen, von einem edlen Volksstamm bewohnt; es verliert das adriatische und damit das mittelländische Meer. Beides ist nur ein scheinbarer Verlust. Selbst wenn durch eine Ablösung der Erblande von den übrigen österreichischen Provinzen die ersteren vollständig in Deutschland aufgehen, und wie man sich auszudrücken pflegt, dasselbe arrondiren könnten, so wäre das ein sehr zweifelhafter Gewinn für Deutschland. Ein großer Theil der Bevölkerung würde nur unwillig sich Deutschland anschließen, er würde stets in einem unsittlichen Zwangsverhältniß zu Deutschland stehen. Ein solches Reichsglied ist ein perennirender Krebschaden; Preußen hat Gelegenheit gehabt, es an dem Großherzogthum zu erkennen. Sodann würde die bedeutende Vergrößerung seines Territoriums dem Reich den Anschein und die Einbildung einer Großmacht ersten Ranges geben; eine Rolle, die es auf die Länge seiner Natur nach nicht durchführen könnte. Der Anschluß Oestreichs würde die Concentration des Reichs hemmen, wir hätten dann zwei Brennpunkte, und die Aussicht nach vier Meeren hin — denn die Donau würde doch immer die Blicke nach dem schwarzen Meer leiten — würde die Kräfte zersplittern, statt sie zu erhöhen. Deutschland hat die Nothwendigkeit einer Flotte erkannt, es wird sie erhalten, wenn es auch hier seine Ansprüche zu mäßigen weiß. Eine Scheerenflotte in der Ostsee kann uns die Aussicht eröffnen, in nicht zu entfernter Zeit dieses Binnen-

meer zu einem deutschen zu machen, wenn wir alle Kräfte dahin richten; theilen wir sie aber — man vergesse nicht dies ungünstige Verhältniß des adriatischen Meeres zur Ostsee, in Vergleich zu der günstigen und leichten Verbindung, in der Frankreich seine beiden Flotten erhalten kann — so werden wir zu nichts Weiterem kommen, als, wie es den Schutzmännern in Berlin erging, unsere drei Flotten dem Schutze wohlwollender Feinde anzuempfehlen. So kann durch Kleinheit ein Reich gewinnen, weil es sich dadurch concentrirt; Niederland ist für sich allein weit reicher und mächtiger geworden, als es im Verein mit seinem Mutterlande hätte geschehen können. Rhein, Weser, Elbe, Oder, Weichsel sind unsere Ströme, sie weisen uns mit großer Bestimmtheit den Weg unserer productiven Thätigkeit. Nur eine Kraft, die durch Begrenzung, durch Maaß eine Form sich erwirbt, ist von Bestand; jedes Verschwimmen ins Allgemeine — wozu wir Deutschen nur allzu geneigt sind — löst sie auf. Das geographische und das ethische Moment muß die Basis des Staats sein, nicht die Romantik der Nationalität oder gar die historischen Reminiscenzen des alten römischen Reichs, das als solches immer ein schlechter und ohnmächtiger Staat gewesen ist, trotz seiner großen Kräfte. Das alte Reich lasse man im Kyffhäuser, bis die Raben aufhören zu schreien; das neue Reich soll auf der soliden Basis der Einheit der Interessen aufgerichtet werden.

Sie werden mir einwenden: ein solcher particularistischer Bau würde vielleicht Billigung verdienen, wenn er aus dem Frischen angefangen werden könnte, er ist aber bereits begonnen und in einem ganz andern Sinn. Das Frankfurter Parlament ist der Grundpfeiler der deutschen Einheit, tastet ihr seine Voraussetzung, das „Aufgehen,“ oder wie Sie sagen, die „innige Verbrüderung“ Oestreichs an, so unterwühlt ihr sein Fundament und stellt damit die Existenz Deutschlands von Neuem in Frage. Darauf habe ich Folgendes zu erwiedern.

Es ist leider sehr richtig, daß man bei dem Beginn unserer Revolution einen falschen Weg eingeschlagen hat. Anstatt sich vorläufig darauf zu beschränken, in den einzelnen, historisch gegebenen Staaten die demokratischen Einrichtungen durchzuführen, in denen der Geist unserer Zeit sich allein befriedigen kann und auf diese Organisation ein Föderativsystem freier Staaten aufzurichten, hat man die Ungeduld des Herzens für eine politische Berechtigung angesehen und die Kuppel des Gebäudes zum Fundament gemacht. Das Geschehene kann nicht ungeschehen gemacht werden. Allerdings wird die Entfernung der österreichischen Deputirten aus der Nationalversammlung, in der sie wenigstens in einer großen Majorität eine segensreiche Wirksamkeit ausübten, unserer Sache einen schweren Schlag geben. Wenn man sich aber erst von der Nothwendigkeit überzeugt hat, so entschliesse man sich, das Unvermeidliche schnell zu thun. Jeder Aufschub zieht neue Verwickelungen nach sich, jedes Weiterarbeiten auf einem problematischen Grunde kann verhängnißvoll werden. In diesem Augenblick steht die Nationalversammlung

feſter als je; ſie hat ihren Rechtsboden, ſie hat ihr Maas gefunden; die anar-chiſche Partei hat keinen Einfluß mehr auf ſie und alle gemäßigten Fraktionen werden ſich um das Banner der Ordnung und des Geſetzes ſchaaren. Durch den Austritt der Deſtreicher wird die gegenwärtige Haltung der Verſammlung nicht erſchüttert, und das iſt die Hauptsache. Noch vor nicht langer Zeit wäre es ge-fährlicher geweſen.

Und dann vergeſſen Sie nicht, daß auch jene falſche Zuſammensetzung des Parlaments ihre ſehr wohlthätige Wirkung nicht verfehlt hat. Deſtreich und Preußen ſind einander näher gekommen; ſie haben ſich in gemeinſamen Inter-eſſen, in gemeinſamen Ideen begegnet. Einen wie befremdlichen Eindruk unſer preußiſches ſtammes, kurzes, brusktes Weſen, unſere mit Ironie zerſetzte intensive Gemüthlichkeit auf die Süddeutſchen, die an fortdauernd freies Ausſtrömen gewöhnt ſind, wenigſtens für den Anfang zu machen pflegt, haben Sie an uns ſelber beobachten können; Sie haben aber auch finden müſſen, daß es eine Ver-ſtändigung gibt. Die Verſechtung gemeinſamer Inter-eſſen hat in Frankfurt die Deſtreicher und Preußen über Vieles hinausgeführt, was in der beiderſeitigen Natur eine Verſchiedenheit bedingte. Laſſen Sie mich hinzufezen, daß wir, trotz der Arroganz, die man uns vorwirft, geneigter ſind, die fremde Natur zu ver-ſtehen und anzuerkennen, als es von der andern Seite der Fall iſt. Die Ein-igung, die ſich zwiſchen den beiden Stämmen ergeben hat, wird ihre ſegensreichen Früchte tragen, auch wenn die ehemaligen Collegen in verſchiedenen Verſammlungen zu Rathe ſißen — mehr als wenn ſie in Einer blieben. Ein Preuße ſchreibt Ihnen aus Frankfurt, man vermiffe die öſtreichiſche Vermittlung zwiſchen dem Preußenhaß der übrigen Süddeutſchen und dem Preußenthum. Mit dieſer Ver-mittlung iſt es nichts. Die Schwaben, Sachſen u. ſ. w. häſchelten die Deſtrei-cher, um die Preußen zu reizen, nicht aus irgend einer prinzipiellen Ueberein-ſtimmung; Deſtreich lag ihnen immer fern, ſie hatten nach jener Seite hin weniger zu fürchten und weniger zu beneiden. Bei der beſten Meinung mußten ſie einander paralyſiren. Zudem iſt es mit dieſem Preußenhaß nicht mehr ſo arg als vor einigen Monaten. Sie wiſſen, daß ich dagegen im Auslande ſehr empfindlich geworden bin, während ich in der Heimath aus allen Kräften gegen das Preußenthum Oppoſition machte; es ging Ihnen ja mit Deſtreich eben ſo. Die abgeſchmackten Angriffe auf Alles, was mit Preußen zuſammenhing, waren wohl geeignet, einem den la-teuten Patriotismus ins Gedächtniß zu rufen. Jetzt hat ſich die Sprache ſehr geändert. Nicht allein die Rechtspartei findet ihren Mittelpunkt in Preußen, wie es in Frankfurt der Fall iſt — darin haben beiläufig jene Ausbrüche, wo die Preußen die Geduld verloren, eine ſehr gute Wirkung gethan — ſondern auch, horrible dictu! die Radikalen. Die Linke ſchimpft nicht mehr auf Preußen über-haupt, ſondern nur noch auf die preußiſche Regierung; ſie erläßt Circulare zu

inem neuen Vorparlament in Berlin; Arnold Ruge spricht es offen aus, eine hinter der Bewegung zurückgebliebenes Dorf" wie Frankfurt, könne nicht ferner" der Mittelpunkt der Entwicklung bleiben, eine „Weltstadt" wie Berlin müsse es werden. Sie werden nicht glauben, daß ich mit dergleichen sympathisire, ich glaube vielmehr, wenn zum zweiten Mal eine solche Farce versucht wird, dürfte sich die Regierung veranlaßt fühlen, ein Wörtchen mitzusprechen. Aber erwägen Sie dies alles, nehmen Sie hinzu, daß es nach Abschluß des Waffenstillstandes von Malmoe geschieht — und Sie werden mir zugeben, wir werden mit unsern Brüdern in Süddeutschland fertig werden, auch ohne östreichische Vermittelung.

Ich komme jetzt zur andern Frage. Gebietet Oestreichs Interesse einen Anschluß oder nicht? Die Frage könnte müßig scheinen, wo die *dira necessitas* mit ihren Balkennägeln und ähnlichem Apparat handgreiflich genug sich geltend macht; doch muß sie beantwortet werden.

Die Großmacht Oestreich, im Besitz von Italien, Ungarn, Croatien, Galizien und Siebenbürgen, kann ihren diplomatischen Verkehr mit dem Auslande, kann die freie Verfügung über ihre Heere und Flotten, kann die Autonomie der Gesetzgebung in ihren ganz anomalen Verhältnissen, kann selbst ihre Handelspolitik nicht aus der Hand geben. Dies vorausgesetzt, ergibt sich unmittelbar: jede staatliche Verwickelung mit einem außerhalb ihres Organismus liegenden politischen System kann die Concentration ihrer Kräfte nur hemmen, ihre Macht nur lähmen. Es liegt daher in ihrem Interesse, daß eine solche Verwickelung nicht stattfinde. Freilich verliert sie, wenn auch Deutschland sich staatlich abrundet, den Metternichschen Einfluß auf den deutschen Bund, aber das östreichische Volk wird diesen Einfluß einer verruchten Diplomatie nicht betrauern. Dafür eröffnet sich Oestreich ein reicherer Schauplatz in der Donaulinie und am Po. Das adriatische und das schwarze Meer sind die Punkte, wohin seine Bestimmung es führt, mit Einem Wort, die Kultur des Ostens. Deutschland kann es in beiden Punkten weder fördern noch hemmen, Deutschlands Gesichtspunkte sind der Rhein, die Nordsee, die Ostsee und die polnische Grenze.

Oestreich hat die Bedingungen einer selbstständigen Existenz. Seine Länder sind vollständig abgerundet, die Völker trotz aller nationalen Differenz können zu einem patriotischen Gefühl geweckt werden; die geographische Nothwendigkeit führt sie zusammen. Freilich ist vor der Hand nur die Armee das Medium der Einigung, gibt aber den Völkern volle Freiheit, volle Autonomie, und ein klares Gesetz, und sie werden zusammenhalten, wie die verschiedenen Nationen, welche der Eidgenossenschaft angehören, wie die nordamerikanische Union. Nicht die Sprache allein macht das Vaterland. Preußen hat diese Bedingungen nicht; es kann nicht für sich bestehen; es muß daher, es mag wollen oder nicht, dem neuen deutschen Reich das Opfer bringen, das Oestreich ihm versagen kann. Oestreich ist stärker für

sich, als in legislativer Union mit Deutschland; wie Dänemark es ist außerhalb der nordischen Union. Es kann z. B. als eigne Großmacht seine Stellung in Italien klar machen, als integrierender Theil Deutschlands kann es das nicht.

Es kann ferner in seiner Selbstständigkeit mehr für Deutschland thun, als wenn seine deutschen Provinzen sich losreißen, und in dem Reich aufgehen. Im letztern Fall müßte es z. B. die Deutschen in Ungarn und Siebenbürgen ihrem nicht sehr beneidenswerthen Schicksal überlassen; als freies Oestreich kann es ihre Interessen vertreten. Die Gefahr für die deutsche Sprache ist nicht so groß. Meint man damit die Geschäftssprache des Centrallandtags? welche Sprache soll er denn als Vermittlung gebrauchen? etwa Magyarisch? Im Ernst denkt wohl Niemand daran. Oder gar Slavisch? Das wäre gerade so, als wenn ich sagte, Indogermanisch. Es gibt ja keine slavische Sprache; die Slaven verstehen ja einander nicht, sie müssen sich deutsch verständigen. Eine Sprache, die eine reiche Literatur, eine große Geschichte, und — eine Grammatik hat, wird immer über die andre dominiren. Daß aber die übrigen Nationen in ihren inneren Verhältnissen sich ihrer eigenthümlichen Sprachen bedienen, ist ein vollkommen berechtigtes Verlangen, und kann für die allgemeine Cultur nur förderlich sein. Man wird sie nicht im Entferntesten germanisiren, aber man wird sie durch deutsche Cultur erziehen. Die Deputirten nach Wien werden Deutsch lernen, wie sie ja Französisch zu ihrem Vergnügen treiben. Die deutsche Sprache wird die diplomatische des Ostens werden — aber nur, wenn Oestreich das Scepter nicht aus der Hand gibt. In diesem Pandämonium des Reichs wird der reichste Genius auch der herrschende sein.

Ja Oestreich wird als freier Staat einiger sein mit Deutschland, als in einer unnatürlichen Conglomeration. Die Sympathie der gemeinsamen Nationalität bleibt; die gegenseitigen Interessen — z. B. die Zollfrage — würden durch einen freien Vertrag besser geordnet, als durch einen constituirenden Reichstag, wo das unvermeidlich divergirende Interesse jeden Augenblick mit einem Bruch droht. Die Eisenbahnen werden den „eisernen Trauring“ beider Nationen bilden. Die gemeinsame Literatur wird durch Wechselwirkung der Universitäten, durch freien Verkehr gepflegt werden. Wir werden Freunde sein, wir werden uns gegenseitig Concessionen machen, wenn wir vorher die Berechtigung unseres gegenseitigen Egoismus anerkennen.

Aus all diesen Betrachtungen erlaube ich mir folgenden Schluß zu ziehen. Schließen Sie Ihre offene Frage! thun Sie einen kühnen Griff, wie ich ihn thue, und pflanzen Sie das schwarzgelbe Banner offen auf! nicht das Zeichen Metternichs, der Reaction, des Absolutismus, sondern die Fahne des jungen, freien Oestreichs, Oestreichs, das sein altes Glück wiederfinden und eine hohe, herrliche Zukunft in der Entwicklung der Cultur haben wird. Das geistige Band zwischen den verbrüdernten Nationen ist nicht mehr zu zerreißen. Auch ferner noch wird

unsere Fahne gemeinschaftlich dem Feinde entgegenwehen. Aber lassen Sie den blutrothen Wimpel! für Oestreich wäre es das Symbol der rothen Republik.

Es sind dies Ansichten, wie ich sie von Anfang der Bewegung an genährt. Sie werden mir glauben, daß nicht die Rücksicht auf die öffentliche Meinung es war, die mich bisher gehindert hat, sie entschieden auszusprechen; ich schlage ihr nach andern Seiten hin stark genug ins Gesicht. Es war theils ein innerer Conflict mit einem eignen Gefühl, theils die Rechnung, die ich den Verhältnissen tragen mußte. Hatte Ungarn — was im Voraus Niemand beurtheilen konnte — die Kraft, selbstständig zu existiren; hatten die deutschen Demokraten den Einfluß, die Slaven in den Erblanden mit sich forzureißen, so hatte kein klügelnder Verstand das Recht, sich dieser Entscheidung zu widersetzen. Die Geschichte will es anders; es ist Zeit, dieses laut und so scharf als möglich hinzustellen.

Wir aber — wie Ihre Entscheidung auch ausfallen möge — wollen in Einem treulich zusammenhalten, die junge und die alte Generation der Grenzboten: in der Liebe zur Freiheit, die aber erst dadurch eine Form gewinnt, daß wir Beide die Herrschaft der Vernunft wollen, nicht die Willkür der Leidenschaft. In diesem Sinne stehen wir immer als Kampfesgenossen neben einander.

Ihr treuer Freund

Julian Schmidt.

Anmerkung. Indem dieser Brief gedruckt wird, erhalten wir die entsetzlichen Nachrichten aus Wien. So stehen wir denn am Beginn einer zweiten, viel schrecklicheren Revolution, denn sie beginnt mit Mord und Gemetzel. Das unseelige Schaukelsystem, das man den ernststen Fragen der Zeit gegenüber beobachtet hat, der Mangel an Offenheit ist zum großen Theil Schuld daran. In so kurzer Zeit das dritte Verbrechen! Wohin es führen soll, vermag noch Keiner abzusehn; steigt in Oestreich die rothe Fahne der Anarchie, so ist es für ganz Deutschland verhängnißvoll. Wenn auch hier die conservative Partei, aus Mangel an Muth, verdecktes Spiel spielen will, so gehen wir, wie Frankreich im Jahre 1791, einem Decennium der Barbarei entgegen, um dann den alten Kampf von Neuem aufnehmen zu müssen.

Die freie Organisation der Gemeinden.

Die plötzliche Erhebung des Volks in diesem Jahr hat die Darstellung der Freiheit im Staatsleben mehr dadurch gefördert, daß sie Hindernisse wegräumte, als daß sie Neues schuf. Was bis jetzt für die Organisation des Volkslebens in den Grenzboten. IV. 1848.